

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse

in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause haben wir den Bundeshaushalt 2009 eingebracht. Auch mit diesem Haushalt gehen wir den Weg der Konsolidierung. Dabei ist der ausgeglichene Haushalt für uns kein Selbstzweck. Vielmehr geht es darum, dem Staat wieder größere Handlungsspielräume zu erschließen und Zukunftsinvestitionen in die Schlüsselbereiche für die Entwicklung unserer Gesellschaft zu ermöglichen: Bildung, Familie, Beschäftigung.

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, allen Menschen in Deutschland gleiche Chancen zu ermöglichen. Ab 2011 wird der Staat keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das entlastet künftige Generationen und schafft die Basis für nachhaltige und zukunftsorientierte Politik. Eine hohe Staatsverschuldung ist für uns eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten.

Die SPD hat in den vergangenen 10 Jahren bewiesen, dass sie für solide und ausgewogene Finanzpolitik steht. Wir werden uns auch jetzt uneingeschränkt den besonderen Herausforderungen in den beginnenden parlamentarischen Beratungen stellen.

Eine schöne Woche wünscht

Eure Petra Ernstberger

Inhaltsverzeichnis

- 02 **Topthema: Bundeshaushalt 2009**
- 05 Verlängerung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 10011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE VERA NICOLAY, NICOLA HELLER
TELEFON (030) 227-510 99 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUß: 19.9.2008, 12.00 UHR

TOPTHEMA

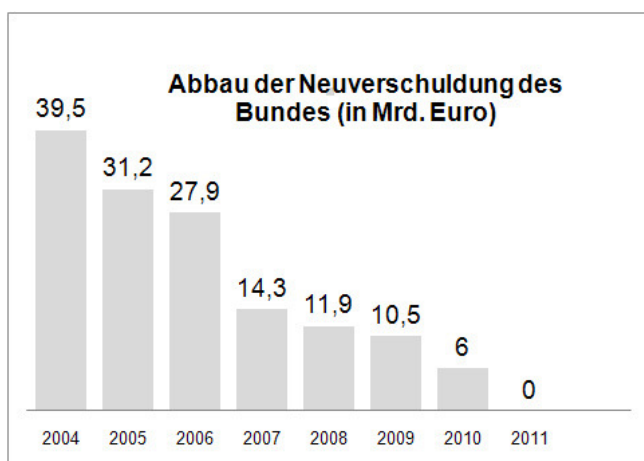
Bundshaushalt 2009

Kurs halten – Konsolidierung fortsetzen

Mit dem am 16.9.2008 eingebrachten Bundshaushalt 2009 (Drs. 16/9900) und dem Finanzplan bis 2012 (Drs. 16/9901) wird die Konsolidierung weiter vorangetrieben. Die Nettokreditaufnahme wird sowohl in 2009 als auch 2010 weiter abgebaut. 2011 und 2012 wird der Bund keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das entlastet künftige Generationen und schafft die Basis für nachhaltige und zukunftsorientierte Politik.

Noch im Jahr 2005 wurden allein 31 Milliarden Euro neue Schulden beim Bund aufgenommen. Drei Jahre später, Ende dieses Jahres, werden es nur noch höchstens 11,9 Milliarden Euro sein. Weitere drei Jahre später, in 2011, werden wir keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

Entwicklung der Nettokreditaufnahme



Mehr für Wachstum und Beschäftigung

Mit dem Bundshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 wird nicht nur der Konsolidierungskurs weiter fortgesetzt. Es werden auch Wachstum und Beschäftigung gestärkt und die Leistungen für arbeitssuchende Menschen auf hohem Niveau gehalten, um die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter mit allen Kräften zu unterstützen. Dies macht uns robuster gegen konjunkturelle Einbrüche. Auch verstärken wir die Investitionen: Im Verkehrshaushalt zum Beispiel ermöglichen Mehreinnahmen aus der geplanten Mauterhöhung, sofern von den Bundesländern unterstützt, eine substantielle Erhöhung der Investitionslinie und eine Verbesserung der Infrastruktur. Daneben werden die zukunftsorientierten Bereiche Entwicklungshilfe, Klimaschutz sowie Forschung und Entwicklung spürbar ausgebaut. Ferner wird das bereits mit dem Bundshaushalt 2006 begonnene 25-Milliarden Euro-Impulsprogramm fortgeführt.

Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland wieder gut da. Laut Prognose der EU-Kommission liegt Deutschland beim BIP 2008 (1,8 %) über dem EU-Durchschnitt (1,3 %). Das deutsche Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen betrug in 2007 schon Null, und dieser Wert wird aller Voraussicht nach auch 2008 wieder erreicht.

Eckdaten

Der Bund soll im kommenden Jahr über 288,4 Milliarden Euro verfügen können. Das sind 5,2 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (2008: 283,2 Milliarden Euro), die aber weitgehend auf Sondereffekte wie z. B. die Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen sind. 2009 muss der Bund so wenig neue Kredite aufnehmen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die sogenannte Nettokreditaufnahme liegt 2009 bei 10,5 Milliarden Euro. In 2008 sind 11,9 Milliarden Euro vorgesehen.

Keine „Politik auf Pump“

Von jedem Euro für den Bund muss ein Sechstel als Zins an die Banken gezahlt werden und kann nicht in Form von Leistungen an den Bürger zurückfließen. Das Geld fehlt also für Investitionen und gezielte Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger. Mit jedem neuen Schulden-Euro müssen mehr Zinsen gezahlt werden, der Ausgabenposten im Bundeshaushalt wächst also immer weiter. Die Spielräume des Staates werden noch enger. Den langen Kassenzettel für kurzfristige Freuden, die wir uns heute auf Pump leisten, zahlen also unsere Kinder.

Leitlinien für die Beratungen

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld hat sich in den letzten Monaten abgeschwächt. Zu erwarten ist, dass sich dies auch in den vor uns liegenden Monaten nicht grundlegend ändert. Die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte müssen nüchtern bewertet werden. Wir stellen uns uneingeschränkt dieser besonderen Herausforderung in den beginnenden parlamentarischen Beratungen.

Wir haben daher für die anstehenden parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2009 folgende Leitlinien beschlossen:

1. Unverrückbar sind das haushaltspolitische Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts spätestens ab 2011 sowie daran anschließend der vollständige Abbau des strukturellen Defizits. Daher müssen sich weitere Reformprojekte und politische Maßnahmen der Großen Koalition in diesen Rahmen des vorgelegten Entwurfs zum Bundeshaushalt 2009 und in den Finanzplan bis 2012 einfügen lassen.
2. Sich im Rahmen der parlamentarischen Beratungen aufzeigende Spielräume wollen wir nutzen, um die im Entwurf vorgesehene Nettokreditaufnahme für das Jahr 2009 in Höhe von 10,5 Milliarden Euro weiter abzusenken, möglichst in den einstelligen Milliardenbereich. Dabei werden auch die Auswirkungen der Steuerschätzung im November zu berücksichtigen sein.
3. Mit Blick auf das ehrgeizige Konsolidierungsziel sind bei den parlamentarischen Beratungen alle Einnahmen und Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Strenge Prioritätensetzungen und Effizienzbetrachtungen sollen soweit möglich zusätzliche Einsparpotenziale offen legen. Darüber hinaus sind - wie in unserer Koalitionsvereinbarung beschlossen - zusätzliche Maßnahmen mit Haushaltsbelastungen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabe-seite dauerhaft im gleichen Politikbereich gegenzufinanzieren. Dies betrifft sowohl die Barmittel in 2009 als auch die überjährig wirkenden Verpflichtungsermächtigungen mit Belastungen in den kommenden Jahren.
4. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen alle Voraussetzungen für eine weitere Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung ab 2009 geschaffen werden. Von der anstehenden Instrumentenreform wird eine höhere Vermittlungseffizienz erwartet. Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit (Hartz IV) müssen noch intensivere Anstrengungen zur Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen unternommen werden. Insbesondere bei den Eingliederungsleistungen sehen wir noch Effizienzsteigerungspotenzial.

5. Zur Vergrößerung der künftigen politischen Handlungsfähigkeit werden zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen nur gegen Kürzungen bei bereits geplanten Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe ausgebracht. Auf eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der Fälligkeiten (Jahresbeträge) ist dabei ein besonderes Augenmerk zu richten. Darüber hinaus besteht das Ziel, das Niveau der Verpflichtungsermächtigungen auf Basis der tatsächlichen Inanspruchnahme in den Vorjahren zurückzuführen.
6. Wie schon in den Vorjahren werden wir auch weiterhin jede Möglichkeit nutzen, ausgabenneutral von konsumtiven zu zukunftsorientierten Aufgaben umzuschichten, um unsere investitions- und wachstumsorientierten Schwerpunkte im Haushalt nachhaltig zu stärken und damit auch nachhaltig Impulse zu setzen.
7. Wir werden unser Augenmerk auch weiterhin darauf richten, alle Möglichkeiten der Effizienzsteigerung in der Aufteilung der Regierungsfunktionen zwischen Bonn und Berlin auszuschöpfen.
8. Die Bundesregierung schlägt pauschal eine lineare Stellenkürzung von 0,6 Prozent in 2009 vor, die damit um 0,3 Prozentpunkte niedriger liegt als im laufenden Haushalt. Dank der bisherigen Stellenkürzungen konnten Effizienzpotentiale im Personaleinsatz realisiert werden. Wir werden in den Haushaltsberatungen das Instrument der pauschalen Stellenkürzung um spezifische Stelleneinsparungen beziehungsweise in begründeten Einzelfällen auch um punktuelle Stellenaufstockungen ergänzen.

Einzelplanübersicht



AUSSEN

Verlängerung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

In dieser Woche hat der Bundestag neben den Beratungen zum Haushalt 2009 die Mandate für drei Bundeswehr-Auslandseinsätze verlängert.

Einsatz der deutschen Marine in Nahen Osten – UNIFIL-Mandat

Vor zwei Jahren hat der Bundestag zum ersten Mal den Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten im Nahen Osten beschlossen. Die Bundesregierung hat nun erneut die Verlängerung des Mandates beantragt (Drs. 16/10207, 16/10240).

Das Mandat wird dieses Mal von 12 auf 15 Monate verlängert, damit der nächste Deutsche Bundestag nach der Wahl im Herbst 2009 ausreichend Spielraum für die weitere Entscheidung über das Mandat hat. Die Mandatsobergrenze wird auf maximal 1.200 Soldaten von ursprünglich 1.500 reduziert.

Mit der deutschen Beteiligung am UNIFIL-Mandat vor der libanesischen Küste tragen wir sehr erfolgreich zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten bei. Dies wird insbesondere auch von Israel anerkannt. Der Waffenschmuggel über See konnte verhindert werden. UNIFIL hat über 18.000 Anfragen durchgeführt, mehr als 160 Schiffe wurden von den libanesischen Behörden überprüft. In enger Zusammenarbeit mit den libanesischen Partnern hat Deutschland vom ersten Tag an auch bilaterale Hilfe geleistet. Damit soll die libanesischen Seite befähigt werden, eines Tages selbst die Verantwortung für die Sicherung der Landesgrenzen von See zu übernehmen.

Die Friedensmission von VN und AU in Darfur - UNAMID

Der Bundestag hat auf Antrag der Bundesregierung auch das UNAMID-Mandat um ein weiteres Jahr verlängert (Drs. 16/10106, 16/10242). Die Mission in der sudanesischen Provinz Darfur soll die Umsetzung des Friedensabkommens von Mai 2006 unterstützen.

Die sogenannte „Hybridmission“ setzt sich aus Truppen der Vereinten Nationen (VN) wie der Afrikanischen Union (AU) zusammen. Die Mission soll bei vollem Aufwuchs insgesamt etwa 26.000 Soldaten und Polizisten umfassen und hat die AMIS-Mission abgelöst. Das Mandat des Deutschen Bundestages sieht eine Beteiligung von bis zu 250 Soldaten vor. Im Mittelpunkt des deutschen Beitrags steht logistische Unterstützung.

UNMIS-Mission im Sudan

UNMIS soll die ehemaligen Konfliktparteien bei der Umsetzung des Friedensabkommens von 2005 zwischen Nord- und Süd-Sudan unterstützen. Auch der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau soll gefördert werden. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Überwindung des Konfliktes im Süden des Landes. UNMIS umfasst insgesamt rund 10.000 Soldaten und Polizisten und 3.900 zivile Angestellte.

Gegenwärtig sind rund 40 deutsche Soldaten bei UNMIS eingesetzt. Der Deutsche Bundestag hat auch dieses Mandat um ein weiteres Jahr verlängert (Drs. 16/10104, 16/10244). Möglich ist die Entsendung von bis zu 75 Bundeswehrsoldaten, die als Stabsoffiziere und Militärbeobachter eingesetzt werden können.